

Protokoll

der öffentlichen Sitzung (Nr. 18/15-19) des Beirates Neustadt

am Donnerstag, den 15. Dezember 2016,

in der Mensa der Oberschule Leibnizplatz, Schulstraße 24, 28199 Bremen

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:25 Uhr

Anwesend:

Alexander Bauermann

Gunnar Christiansen

Michal Fuchs

Irmtraud Konrad

Anke Maurer

Wolfgang Meyer

Stefanie Möller

Ingo Mose

Janne Müller

Rainer Müller

Jens Oppermann

Johannes Osterkamp (ab 19:35)

Monika Peters (bis 21:00)

Cornelia Rohbeck

Wolfgang Schnecking

Julia Weidlich

Fehlend: Torsten Dähn (e), Jürgen Hauschild (e), Ulrike Heuer (e)

Referent/Gäste: Hr. Prof. Dr. Viereck (Hochschule Bremen, zu Top 3); Vertreter_innen der Polizei, der Presse und interessierte Bürger_innen

Vorsitz: Annemarie Czichon

Protokoll: Simon Ott (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

TOP 1 – Genehmigung der Tagesordnung

Die OAL bittet um Vertagung des Top „Protokollgenehmigung“.

Beschluss: Die Tagesordnung wird mit der vorgeschlagenen Änderung genehmigt.

TOP 2 – Aktuelle Stadtteilangelegenheiten einschließlich

• Bürger_innenanträge, Fragen und Wünsche

Ein Bürger regt an, an einer Ampel an der Wilhelm-Kaisen-Brücke (gegenüber vom WSA) das Ampelbild, das aktuell nur einen Fußgänger zeigt, dahingehend zu überprüfen, ob hier ein Austausch durch ein Element möglich sei, das sowohl Fußgänger als auch Radfahrende zeige.

Er schlägt ferner vor, die Schaltung der zwei Ampeln zwischen der Oberschule am Leibnizplatz und der Straßenbahnhaltestelle parallel zu schalten, um die Gefahr zu minimieren, dass Fußgänger bei roter Ampel über die Straße laufen.

Außerdem bittet er den Beirat darum, sich mit dem Thema Baulücken/leerstehende Häuser in der Neustadt zu befassen.

Ein anderer Bürger berichtet, dass seine Nachbarin kürzlich an der Ecke Kirchweg/Gastfeldstraße fast überfahren worden sei, und fordert den Beirat dringend auf, sich um die gefährliche Situation dort zu kümmern; es sei auch die Frage, ob der grüne Pfeil dort sinnvoll sei.

Dazu erklären Beiratsmitglieder, dass der FA Bau sich bereits auf eine Überprüfung der grünen Pfeile in der Neustadt verständigt habe.

• Bericht der Beiratssprecher

Aus der Fluglärmkommission (FLK): Die FLK befasste sich in ihrer Sitzung am 05.12.16 in den Räumen des Flughafens Bremen, erneut mit den Hubschrauberanflügen und insbesondere mit den militärischen Hubschrauberüberflügen. Kritikpunkt an den genannten Flügen war die Nutzung in der Mittagszeit und nach 18:00 Uhr. Die Bundeswehr stellte der FLK in Aussicht, dass es am Flughafen Bremen möglichst keine militärischen Hubschrauberüberflüge von 13:00 – 15:00 Uhr und nach 18:00 Uhr geben soll

Die Mittlere Quartiersachse kann wegen der günstigen Witterung voraussichtlich schneller fertig gestellt werden als geplant, Einweihung soll im Frühjahr sein.

Die jetzige Zuordnung der WKS zur Oberstufe am Leibnizplatz soll nach Informationen aus dem Ressort der Senatorin für Kinder und Bildung beibehalten werden. Für eine Übergangszeit ist eine vorübergehende Anmietung von Ausweichräumen geplant, um Schulen, für die künftig eine andere Zuordnung geplant ist, eine Konzeptentwicklung zu ermöglichen.

Aus der Beirätekonzferenz: Bericht über Stand der Jugendbeteiligung/Arbeit von Jugendbeiräten (personelle Ressourcen für die Begleitung der Jugendbeiräte sind nicht abgesichert, Beiräte wurden aufgefordert, Antragstellung zur finanziellen Absicherung zu prüfen).

Der FA-Soziales-Sprecher berichtet von einem sehr konstruktiven Arbeitstreffen zur Vorbereitung einer möglichen Nutzung der Schule Mainstraße als Horthaus (als Übergangslösung bis zur Umsetzung des Ausbaus der Grundschulen zu Ganztagschulen). Das nächste Treffen sei für Januar geplant.

- **Berichte des Amtes:**

Schulstraße: Bauarbeiten sollen bis Ende Februar abgeschlossen werden.

Spielplätze: Für mehrere Spielplätze in der Neustadt sind Reparaturmaßnahmen und ein Ersatz von Spielgeräten in Auftrag gegeben worden.

Justitia-Skulptur: Auf Nachfrage einer Bürgerin in der letzten Beiratssitzung liegt inzwischen die Auskunft von UBB vor, dass ein gesonderter Graffiti-Schutz ursprünglich vorgesehen gewesen, aufgrund des verwendeten Materials nun aber nicht mehr erforderlich sei. UBB werde in der Lage sein, ggfls. Graffiti zu entfernen.

Krähenschutz für Mülleimer auf dem Stadtwerder: Zu der Nachfrage eines Bürgers teilt die Leitstelle Saubere Stadt mit, dass die im Sommer am Werdersee aufgestellten Müllgefäße schon extra mit Deckeln versehen seien, für die regulären Müllbehälter sei dies aber nicht möglich, da auch größere Umverpackungen (z.B. von Pizzen) problemlos eingeworfen werden sollen.

Die Anregung des Bürgers, in der Werderstraße gleich nach Silvester aufzureinigen, wird nach einem Hinweis des Ortsamtes von der Leitstelle Saubere Stadt aufgegriffen. Eine weitere Aufstellung von Müllgefäßen wird wegen des befürchteten Missbrauchs als Startrampe für Feuerwerkskörper aber abgelehnt.

TOP 3 – Umgang der Hochschule Bremen mit der Zivilklausel

Der Beiratssprecher und eine Vertreterin der LINKEN führen in den Tagesordnungspunkt ein.

Die Hochschule (HS) sei ein wichtiger Akteur in der Neustadt und die dort aktuell geführte Diskussion um die Ausbildung von Informatikerinnen für die Bundeswehr (BW), trotz der von der HS beschlossenen Zivilklausel, beschäftige auch viele Beiratsmitglieder.

Sie erläutern ihren interfraktionell vorbereiteten Antragstext (s.u.), der insbesondere eine Beendigung der Kooperation mit der Bundeswehr zum nächstmöglichen Zeitpunkt fordert. Erforderliche Ausbildungen könne die BW in ihren eigenen Einrichtungen vornehmen.

Ein Vertreter der CDU gibt zu Protokoll, dass er den Beirat hier nicht für zuständig und die heutige Diskussion insofern für unnötig halte.

Der Vertreter der HS nimmt zu dem Antrag Stellung und widerspricht der Auffassung, dass nun an der HS gemeinsam mit der BW Forschung betrieben werde. Es gehe hier um die Ausbildung von Studentinnen im Auftrag des Bundesamtes für das Personalmanagement, die exakt die gleichen Studieninhalte belegen würden, wie alle anderen Informatik-Studierenden auch. Überdies vermittele der Studiengang Informatik an der Hochschule Bremen als einer von wenigen bundesweit über das Modul „Informatik und Gesellschaft“ auch soziale Kompetenzen.

Im Übrigen sei es in sehr vielen Studiengängen so, dass die vermittelten Inhalte sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke einsetzbar seien („Dual-Use“). Er weist außerdem darauf hin, dass die Zivilklausel vom Akademischen Senat im Rahmen der HS-Selbstverwaltung verabschiedet, der Kooperationsvertrag jedoch vom Rektorat geschlossen worden sei. Nach Prüfung durch die HS-Rechtsstelle sei der Kooperationsvertrag aber auch mit der beschlossenen Zivilklausel vereinbar.

Nach ausgiebiger Diskussion zwischen dem Vertreter der HS und Beiratsmitgliedern schlägt die OAL vor, die Wortmeldung der AStA-Vertreter_innen vorab im Rahmen der ansonsten zunächst weiterhin beiratsintern geführten Diskussion aufzurufen.

Diesem Vorgehen stimmt der Beirat mit 12 Ja-, bei 3 Nein-Stimmen und einer Enthaltung zu.

Der AStA der Hochschule verweist auf ein Rechtsgutachten aus Kassel, demzufolge die Wissenschaftsfreiheit zur Erhaltung eines anderen Guts eingeschränkt werden könne, und sieht einen Mangel an Ethos im Handeln der Hochschulleitung.

In der weiteren Diskussion, die zunächst unter den Beiratsmitgliedern und anschließend unter Einbeziehung von Wortmeldungen von Bürger_innen erfolgt, werden u.a. folgende Aspekte benannt:

- Wissenschaftsfreiheit: Wissenschaftler könnten über (ökonomische) Kooperationen in Abhängigkeit geraten
- Gefahr einer Militarisierung der Hochschule
- „Ausbildung für den Cyber War“
- BW wirbt selber damit, dass Informatik-Studierende später an der Entwicklung von Waffensystem beteiligt sein können
- fehlende Trennlinie zwischen ziviler und militärischer Nutzung
- Bundeswehr ist Teil der Gesellschaft, insofern muss auch (und zwar eine möglichst gute) Ausbildung von Soldatinnen an der HS möglich sein.

Anschließend fasst der Beirat mehrheitlich mit 9 Ja-, gegen 3 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Die Hochschule Bremen ist ein wichtiger Akteur für die Stadtteilentwicklung in der Neustadt und verfolgt die Strategie der gesellschaftlichen Öffnung in den Stadtteil. Sie sieht sich gemäß ihrem Leitbild dem Ziel einer „humanen, freiheitlichen, gerechten und demokratischen Gesellschaft“ verpflichtet.

Derzeit gibt es eine Diskussion um die Vereinbarkeit der aktuellen Kooperation der Hochschule mit der Bundeswehr im dualen Frauenstudiengang Informatik mit der Zivilklausel. Die 2012 im Akademischen Senat der Hochschule beschlossene Zivilklausel sieht vor, dass „Studium, Lehre und Forschung an der Hochschule Bremen ausschließlich friedlichen Zwecken dienen“ sollen.

Eine Institution, die einen solchen Beschluss gefasst hat, muss sich daran messen lassen, wie konsequent dieser Beschluss umgesetzt wird. Die aktuelle Kooperation der Hochschule Bremen mit der Bundeswehr als militärischer Institution ist aus Sicht des Beirats Neustadt nicht mit der Zivilklausel vereinbar.

Der Beirat Neustadt fordert die Leitung der Hochschule Bremen daher auf, die Kooperation mit der Bundeswehr zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu beenden, und sich wieder auf die selbst formulierten ethischen Grundsätze zu besinnen.

TOP 4 – Gedenkstein Huckelriede an der Mittleren Quartiersachse (Beschlussfassung zu Nachbesserungsarbeiten)

Die OAL bezieht sich auf die Beratungen in den letzten Sitzungen des FA Bau, Umwelt und Verkehr und teilt mit, dass nun die Initiatoren des Gedenksteins auf eine Versetzung der Info-Steile verzichten und insofern keine Beiratsbefassung mehr erforderlich sei.

Die Steile werde nun an dem von UBB vorgesehenen Standort aufgestellt, der Gedenkstein an der (zum Radweg hin) vorstehenden Ecke von den Künstlern von „Mauern öffnen“ bearbeitet und zur Verkehrssicherung von UBB an dem zwischenzeitlich für die Steile vorgesehenen Standort ein Warnpoller aufgestellt.

TOP 5 – Verschiedenes ./.

Jens Oppermann
Beiratssprecher

Annemarie Czichon
Sitzungsleitung

Simon Ott
Protokollführung